

Freiburg im Breisgau, den 30. Juli 2004

Inhalt: Satzung für die Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg. — Wahlordnung für die Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg. — Dritte Verordnung zur Änderung der Kirchlichen Vermögensverwaltungsordnung - KVO -. — Verordnung zur Änderung der Kirchensteuerordnung der Erzdiözese Freiburg - KiStO -. — Anordnung über den Termin der Wahl der Pfarrgemeinderäte im Jahr 2005.

Verordnungen des Erzbischofs

Nr. 387

Satzung für die Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg

Gliederungsübersicht

Präambel

Abschnitt I: Gemeinsame Regelungen

- § 1 Errichtung des Pfarrgemeinderates
- § 2 Aufgaben des Pfarrgemeinderates
- § 3 Wahl des Pfarrgemeinderates
- § 4 Wahlberechtigung
- § 5 Wählbarkeit
- § 6 Beginn und Ende der Amtszeit
- § 7 Beginn und Ende der Mitgliedschaft
- § 8 Vorstand
- § 9 Stellung des Pfarrers
- § 10 Arbeitsweise des Pfarrgemeinderates
- § 11 Ausschluss wegen Befangenheit
- § 12 Ausschüsse
- § 13 Ehrenamtliche Tätigkeit
- § 14 Schlichtungsstelle

Abschnitt II: Die Formen der Zusammenarbeit in der Seelsorgeeinheit

- § 15 Entscheidungsverfahren über die Form der Zusammenarbeit
- § 16 Geltungsdauer der Regelung über die Form der Zusammenarbeit

Abschnitt III: Die Pfarrgemeinderäte und ihre Zusammenarbeit in der Seelsorgeeinheit

Unterabschnitt 1: Gemeinsame Regelungen

- § 17 Zusammensetzung des Pfarrgemeinderates

§ 18 Wahlgebiet und Sitzverteilung

§ 19 Stiftungsrat

§ 20 Pfarrversammlung

§ 21 Sachkosten

Unterabschnitt 2: Die Gemeinsame Sitzung der Pfarrgemeinderäte

§ 22 Aufgaben

§ 23 Arbeitsweise

Unterabschnitt 3: Der Gemeinsame Ausschuss der Pfarrgemeinderäte

§ 24 Aufgaben

§ 25 Zusammensetzung

§ 26 Arbeitsweise

§ 27 Widerspruch gegen Beschlüsse des Gemeinsamen Ausschusses

Unterabschnitt 4: Der Gesamt-Pfarrgemeinderat

§ 28 Aufgaben

§ 29 Zusammensetzung

§ 30 Arbeitsweise

Abschnitt IV: Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat der Seelsorgeeinheit

§ 31 Zusammensetzung

§ 32 Wahlgebiet und Sitzverteilung

§ 33 Beschlussfähigkeit

§ 34 Pfarrausschuss

§ 35 Stiftungsrat

§ 36 Pfarrversammlung

§ 37 Sachkosten

Abschnitt V: Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 38 Inkrafttreten

Präambel

In den Seelsorgeeinheiten mit ihren Pfarrgemeinden ist die Kirche in einem überschaubaren Lebensraum gegenwärtig und erfahrbar.

Im Anschluss an das Zweite Vatikanische Konzil und die Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland werden in der Erzdiözese Freiburg Pfarrgemeinderäte gewählt.

Die Mitglieder der Pfarrgemeinderäte nehmen diese Aufgabe aufgrund ihrer in Taufe und Firmung gegebenen Sendung wahr. Daher sollen sie das Sakrament der Firmung empfangen haben.

Zusammen mit dem Pfarrer als dem vom Erzbischof bestellten verantwortlichen Seelsorger gestalten die Pfarrgemeinderäte das Leben der Seelsorgeeinheiten mit ihren Pfarrgemeinden, tragen Sorge für die Glieder der Gemeinde, entdecken und fördern deren Charismen und bringen die gemeinsame Berufung und Sendung aller Glieder der Gemeinde durch Jesus Christus zum Ausdruck.

Die Arbeit der Pfarrgemeinderäte soll von gegenseitigem Vertrauen getragen sein. Sie setzt Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit voraus. Die Mitglieder der Pfarrgemeinderäte sollen sich um Gemeinschaft im Glauben und um religiöse Bildung bemühen.

Abschnitt I ***Gemeinsame Regelungen***

§ 1

Errichtung des Pfarrgemeinderates

(1) In jeder Pfarrgemeinde ist ein Pfarrgemeinderat zu bilden, soweit nicht für die Pfarrgemeinden einer Seelsorgeeinheit ein Gemeinsamer Pfarrgemeinderat gebildet wird (§§ 15,16 und 31 ff.).

(2) Der Pfarrgemeinderat trägt gemeinsam mit dem Pfarrer als Pastoralrat, als Vertretung der Katholiken und als Organ der Vermögensverwaltung Verantwortung für den kirchlichen Auftrag in der Pfarrgemeinde und der Seelsorgeeinheit, soweit nicht der Stiftungsrat oder Gesamstiftungsrat eigenständige Aufgaben erfüllen haben. Sein Wirken ist sowohl auf das Leben der Kirche wie auch auf gesellschaftliche Vorgänge und Entwicklungen in den Pfarrgemeinden und Seelsorgeeinheiten gerichtet.

§ 2

Aufgaben des Pfarrgemeinderates

(1) Der Pfarrgemeinderat berät und unterstützt als Pastoralrat den Pfarrer und die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen im pastoralen Dienst bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Dabei greift er die Weisungen und Anregungen des Erzbischofs auf und orientiert sich an den pastoralen Leitlinien des Erzbistums Freiburg. Dazu gehören insbesondere folgende Aufgaben:

1. Über pastorale Schwerpunkte der Gemeinde zu beraten, gemeinsam mit dem Pfarrer und im Benehmen mit den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen im pastoralen Dienst geeignete Maßnahmen zu beschließen und für ihre Durchführung Sorge zu tragen;
2. das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung aller Glieder der Gemeinde für die Kirche und die Welt von heute zu wecken und zu stärken;
3. Mitverantwortung für die Feier der Liturgie zu tragen und deren Vielfalt zu fördern;
4. den missionarischen Auftrag der Pfarrgemeinde/Seelsorgeeinheit zu fördern und diejenigen zu unterstützen, die sich in der Verkündigung und der Weitergabe des Glaubens engagieren;
5. für die Wahrnehmung des diakonischen Auftrags der Pfarrgemeinde/Seelsorgeeinheit Sorge zu tragen und dabei mit anderen Trägern karitativer und sozialer Dienste zusammenzuarbeiten;
6. die Zusammenarbeit zwischen Schule und Pastoral sowie die kirchliche Erwachsenenbildung zu fördern;
7. die ökumenische Zusammenarbeit zu vertiefen und den interreligiösen Dialog zu pflegen;
8. das Verantwortungsbewusstsein für weltkirchliche Aufgaben sowie für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung zu stärken;
9. sich der besonderen Anliegen der Katholiken anderer Muttersprache anzunehmen und ihre Beheimatung in der Pfarrgemeinde/Seelsorgeeinheit zu fördern;
10. die Planungen und Entscheidungen des Erzbistums im Zusammenwirken mit den anderen zur Seelsorgeeinheit gehörenden Pfarrgemeinden auf die örtlichen Verhältnisse hin zu konkretisieren und für ihre Umsetzung Sorge zu tragen;
11. sich für eine enge Kooperation mit den anderen Pfarrgemeinden in der Seelsorgeeinheit und mit den anderen pastoralen Ebenen (Dekanat/Region/Erzbistum) und deren Einrichtungen einzusetzen;
12. Verantwortung für die notwendige Befähigung, Fortbildung und Begleitung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu übernehmen.

(2) Der Pfarrgemeinderat koordiniert als Vertretung der Katholiken der Gemeinde die Aktivitäten der kirchlichen Gruppen, Verbände und geistlichen Gemeinschaften unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit und vertritt die Anliegen der Katholiken der Gemeinde in Gesellschaft und Öffentlichkeit. Dazu gehören insbesondere folgende Aufgaben:

1. Durch Informationen und Stellungnahmen die Bewusstseinsbildung in kirchlichen und gesellschaftlichen Fragen in der Pfarrgemeinde zu fördern und Erfahrungen und Vorschläge weiterzugeben an Stellen, die Entscheidungsverantwortung tragen;
2. gesellschaftliche Entwicklungen und Probleme des Alltags im Umfeld der Pfarrgemeinde/Seelsorgeeinheit zu analysieren und zu bewerten und sich für notwendige Veränderungen einzusetzen;
3. die Arbeit der pfarrlichen Organisationen, Gruppierungen und Einrichtungen unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit zu fördern und auf gemeinsame Zielsetzungen hin zu koordinieren;
4. die Anliegen der Pfarrgemeinde/Seelsorgeeinheit in der Öffentlichkeit zu vertreten;
5. Anregungen und Vorschläge an den Dekanatsrat und den Diözesanrat der Katholiken zu geben und deren Anliegen aufzugreifen;
6. die von den Räten auf Diözesanebene gefassten Beschlüsse und die von ihnen gestellten Aufgaben im Dekanat und in den Pfarrgemeinden/Seelsorgeeinheiten durchzuführen.

(3) Der Pfarrgemeinderat ist als Organ der örtlichen kirchlichen Vermögensverwaltung (Ortskirchensteuervertretung) zuständig für die Beschlussfassung über folgende Angelegenheiten:

1. Die Wahl des Stiftungsrates;
2. die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Stiftungsrates;
3. die Aufstellung von pastoralen Richtlinien für die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinde(n);
4. die Beschlussfassung über den Haushaltsplan der Kirchengemeinde sowie über die Art und die Höhe der zu erhebenden Ortskirchensteuer (§ 14 Absatz 2 KiStO);
5. die Feststellung der Jahresrechnung (§ 14 Absatz 5 KiStO);
6. die Bestellung eines Kirchengemeinderechners - in der Regel durch Beauftragung einer Verrechnungsstelle - (§ 18 Absatz 2 KiStO);

7. die Beschlussfassung über die Errichtung und den Antrag auf Aufnahme in eine Gesamtkirchengemeinde (§ 20 Absatz 1 und 2 KiStO).

Die Nummern 4 bis 7 finden keine Anwendung, wenn eine Gesamtkirchengemeinde errichtet ist.

(4) Der Pfarrgemeinderat berichtet anlässlich der Visitation der Pfarrei über die örtliche Situation und die besonderen Bedürfnisse der Pfarrgemeinde. Er hat das Recht, vor der Besetzung der Pfarrstelle und vor anderen Stellenbesetzungen im pastoralen Dienst dem Erzbischöflichen Ordinariat seine Vorstellungen mitzuteilen.

§ 3

Wahl des Pfarrgemeinderates

(1) Die Mitglieder des Pfarrgemeinderates gemäß § 17 Absatz 3 und § 31 Absatz 3 werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.

(2) Das Nähere hinsichtlich des Wahlverfahrens, der Hinzuwahl und der Entsendung regelt die Wahlordnung -WOPGR- für die Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg.

§ 4

Wahlberechtigung

(1) Wahlberechtigt sind die Katholiken, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet und in der Pfarrgemeinde seit mindestens drei Monaten ihren Hauptwohnsitz haben.

(2) Wahlberechtigt können auf Antrag auch Katholiken sein, die zwar nicht im Wahlgebiet, aber im Erzbistum Freiburg wohnen, sofern sie regelmäßig am Leben der Pfarrgemeinde aktiv teilnehmen und die übrigen Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllen. Das Wahlrecht kann nur in einem Wahlbezirk ausgeübt werden. Über den Antrag entscheidet der Wahlvorstand. Das Nähere regelt die Wahlordnung.

(3) Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Katholiken,

- a) die ihren Austritt aus der Kirche nach den Bestimmungen des staatlichen Rechts erklärt haben;
- b) für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten nicht nur durch einstweilige Anordnung ein Betreuer bestellt ist.

(4) Das Wahlrecht ruht bei Katholiken, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten durch einstweilige Anordnung ein Betreuer bestellt ist.

§ 5 Wählbarkeit

(1) Wählbar sind die nach § 4 wahlberechtigten Katholiken, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, in der Ausübung ihrer allgemeinen kirchlichen Gliedschaftsrechte nicht behindert sind, ordnungsgemäß zur Wahl vorgeschlagen wurden und ihrer Kandidatur zugestimmt haben.

(2) Nicht wählbar sind:

1. Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des Erzbistums im pastoralen und liturgischen Dienst, die in der Pfarrseelsorge mit amtlichem Auftrag tätig sind;
2. Leitende Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des Erzbischöflichen Ordinariates und sonstige kirchliche Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, die in der Vermögensverwaltung für die Kirchengemeinde tätig oder mit Aufgaben der kirchlichen Vermögensverwaltungsaufsicht oder mit Aufgaben im Personalwesen betraut sind;
3. Kirchenbeamte und Angestellte der zur Seelsorgeeinheit gehörenden Kirchengemeinden.

§ 6 Beginn und Ende der Amtszeit

(1) Die Amtszeit des Pfarrgemeinderates beträgt fünf Jahre; sie beginnt mit dem ersten Zusammentreten des Pfarrgemeinderates nach seiner Wahl (konstituierende Sitzung) und endet mit der konstituierenden Sitzung eines neu gewählten Pfarrgemeinderates.

(2) Die konstituierende Sitzung hat innerhalb von vier Wochen nach Rechtskraft der Wahl stattzufinden. Sie wird vom Vorsitzenden des noch amtierenden Pfarrgemeinderates oder vom Pfarrer einberufen und von ihm bis zur Wahl des neuen Vorsitzenden geleitet. In den Fällen, in denen ein Gemeinsamer Pfarrgemeinderat erstmalig gebildet wird, erfolgt die Einberufung durch den Leiter der Seelsorgeeinheit.

(3) Die Amtszeit des Pfarrgemeinderates endet vorzeitig, wenn die Zahl der gewählten Mitglieder aufgrund vorzeitigen Ausscheidens einzelner Mitglieder die Hälfte der ursprünglich Gewählten unterschreitet und durch Nachrücken nicht mehr erreicht werden kann. In diesem Fall ordnet der Erzbischof eine Neuwahl an oder trifft andere erforderliche und geeignete Maßnahmen.

§ 7 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

(1) Ein Mitglied scheidet aus dem Pfarrgemeinderat aus durch Tod, durch Verzicht auf sein Amt, durch Ungültigkeit seiner Wahl oder durch Verlust der Wählbarkeit (§ 5).

(2) Das Amt endet ferner, wenn ein Mitglied unentschuldigt oder ohne triftigen Grund mindestens vier aufeinander folgenden Sitzungen des Pfarrgemeinderates trotz ausdrücklicher schriftlicher Mahnung nach dem dritten Fehlen ferngeblieben ist.

(3) Die Feststellung über die Beendigung der Mitgliedschaft wird vom Pfarrgemeinderat getroffen und dem betroffenen Mitglied schriftlich mitgeteilt. Gegen diese Entscheidung kann der Betroffene innerhalb einer Woche Einspruch bei dem/der Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates einlegen. Falls der Pfarrgemeinderat dem Einspruch nicht innerhalb von vier Wochen stattgibt, kann die Schlichtungsstelle (§ 14) innerhalb einer Woche angerufen werden, die über diesen Einspruch endgültig entscheidet.

(4) Scheidet ein unmittelbar gewähltes Mitglied vorzeitig aus, so rückt für die restliche Amtszeit der/die nächste Bewerber/Bewerberin - bei Teilortwahl nach den §§ 18 Absatz 2 und 32 Absatz 2 aus dem Wahlbezirk des ausscheidenden Mitglieds - entsprechend der Reihenfolge der bei der Wahl erhaltenen Stimmenzahl nach. Das Nachrücken wird vom Pfarrgemeinderat festgestellt.

§ 8 Vorstand

(1) Der Pfarrgemeinderat bildet aus seiner Mitte einen Vorstand. Dieser hat die Aufgabe, für eine lebendige und zeitnahe Arbeit des Pfarrgemeinderates in allen Bereichen zu sorgen, die Geschäfte des Pfarrgemeinderates nach Maßgabe dieser Satzung und auf der Grundlage der Rahmengesäftsordnung -RGO- zu führen. Er entsendet aus seiner Mitte ein gewähltes Mitglied in den Dekanatsrat.

(2) Der Vorstand besteht aus dem/der Vorsitzenden, dem/der stellvertretenden Vorsitzenden und dem Pfarrer. Der Pfarrgemeinderat kann weitere Mitglieder in den Vorstand wählen.

(3) Der Pfarrgemeinderat wählt zunächst den/die Vorsitzenden/Vorsitzende, und zwar im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit, in weiteren Wahlgängen mit einfacher Mehrheit. Der/die Vorsitzende wird aus der Mitte der unmittelbar gewählten Mitglieder bestellt. In

getrennten weiteren Wahlgängen werden die weiteren Mitglieder des Vorstandes mit einfacher Mehrheit gewählt.

(4) Gegen die Wahl des/der Vorsitzenden kann der Pfarrer bei Vorliegen gewichtiger Gründe innerhalb einer Woche Einspruch einlegen. Über den Einspruch entscheidet die Schlichtungsstelle (§ 14).

§ 9

Stellung des Pfarrers

(1) Der Pfarrer als der vom Erzbischof bestellte Seelsorger und Leiter der Gemeinde bzw. Seelsorgeeinheit trägt eigene, in seinem Amt begründete Verantwortung (cann. 529-534 CIC):

1. Für die Einheit der Gemeinde sowie für die Einheit mit dem Erzbischof und dadurch mit der Weltkirche;
2. für die rechte Verkündigung der Heilsbotschaft;
3. für die Feier der Liturgie und die Verwaltung der Sakramente.

(2) Der Pfarrer muss Beschlüssen widersprechen, wenn er der Ansicht ist, dass sie nicht in Übereinstimmung mit der verbindlichen Glaubens- und Sittenlehre stehen oder rechtswidrig sind; er kann widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie für die Pfarrgemeinde nachteilig sind. Der Widerspruch muss unverzüglich, spätestens jedoch binnen einer Woche nach Beschlussfassung gegenüber dem/der Vorsitzenden des Rates oder des Gemeinsamen Ausschusses ausgesprochen werden. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Gleichzeitig ist unter Angabe der Widerspruchsgründe eine erneute Sitzung des Rates oder des Gemeinsamen Ausschusses einzuberufen, in der erneut über die Angelegenheit zu beraten ist; diese Sitzung hat spätestens vier Wochen nach der ersten Sitzung stattzufinden. Erfüllt nach Ansicht des Pfarrers auch der neue Beschluss die Voraussetzungen nach Satz 1, muss er ihm erneut widersprechen und die Schlichtungsstelle (§ 14 PGRS) anrufen. Wird der Regelungsvorschlag der Schlichtungsstelle von den Beteiligten nicht angenommen, entscheidet der Erzbischof.

§ 10

Arbeitsweise des Pfarrgemeinderates

(1) Der Pfarrgemeinderat tritt wenigstens vierteljährlich zusammen. Er kann zu seinen Sitzungen für einzelne Fragen Berater hinzuziehen.

(2) Der Pfarrgemeinderat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gülti-

gen Stimmen gefasst, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(3) Ist nach Meinung der Mehrheit des Pfarrgemeinderates oder des Pfarrers eine gedeihliche Zusammenarbeit im Pfarrgemeinderat nicht mehr gegeben, kann die Schlichtungsstelle angerufen werden. Gelingt es auch dieser nicht, eine Einigung herbeizuführen, verfügt der Erzbischof die erforderlichen Maßnahmen. Er kann die vorzeitige Auflösung des Pfarrgemeinderates verfügen und die Durchführung von Neuwahlen anordnen.

(4) Das Nähere über die Arbeitsweise des Pfarrgemeinderates bestimmt die Rahmengesäftsordnung -RGO-.

§ 11

Ausschluss wegen Befangenheit

(1) Ein Mitglied des Pfarrgemeinderates darf an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn der Beschluss ihm selbst, seinem/seiner Ehegatten/Ehegattin, einer durch Verwandtschaft oder Schwägerschaft in gerader Linie oder in der Seitenlinie nach bürgerlichem Recht verbundenen Person oder einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

(2) Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Pfarrgemeinderat ohne Mitwirkung des betroffenen Mitgliedes. Wer an der Beratung und Entscheidung nicht mitwirken darf, muss die Sitzung verlassen.

(3) Ein Beschluss ist unwirksam, wenn bei der Beratung oder Beschlussfassung die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 verletzt worden sind oder ein Mitglied des Pfarrgemeinderates ohne einen der Gründe des Absatzes 1 ausgeschlossen war. Der Beschluss gilt jedoch drei Monate nach der Beschlussfassung als gültig zustande gekommen, wenn er nicht innerhalb dieser Frist von einem Mitglied des Pfarrgemeinderates oder einem von dem Beschluss Betroffenen beim Erzbischöflichen Ordinariat schriftlich angefochten wurde oder das Erzbischöfliche Ordinariat den Beschluss vor Ablauf der Frist beanstandet hat. Das Erzbischöfliche Ordinariat entscheidet innerhalb eines Monats nach Zugang der Anfechtungserklärung endgültig.

§ 12

Ausschüsse

(1) Der Pfarrgemeinderat kann zur Vorbereitung oder Durchführung seiner Beschlüsse ständige Ausschüsse

oder Ausschüsse auf Zeit einsetzen. Er kann in die Ausschüsse auch Personen berufen, die nicht Mitglieder des Pfarrgemeinderates sind.

(2) Der Pfarrgemeinderat kann ferner einzelne Personen mit besonderen Aufgaben betrauen.

§ 13 Ehrenamtliche Tätigkeit

Die Tätigkeit im Pfarrgemeinderat und in seinen Ausschüssen ist für alle gewählten und hinzugewählten Mitglieder ehrenamtlich. Notwendige Auslagen werden gegen Nachweis erstattet.

§ 14 Schlichtungsstelle

(1) Zur Beilegung von Streitfällen innerhalb des Pfarrgemeinderates oder zwischen Pfarrer und Pfarrgemeinderat über die Auslegung und Anwendung dieser Satzung wird auf der Ebene der Region eine Schlichtungsstelle gebildet. Die Schlichtungsstelle kann - insbesondere - in den Fällen der §§ 7 Absatz 3, 8 Absatz 4, 9 Absatz 2, 10 Absatz 3 und 27 dieser Satzung sowie in den von der Wahlordnung vorgesehenen Fällen angerufen werden.

(2) Die Schlichtungsstelle besteht aus dem jeweils zuständigen Regionaldekan als Vorsitzenden und zwei Beisitzern.

(3) Das Nähere über die Bildung, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Schlichtungsstelle wird in einer Schlichtungsverfahrensordnung geregelt.

Abschnitt II Die Formen der Zusammenarbeit in der Seelsorgeeinheit

§ 15 Entscheidungsverfahren über die Form der Zusammenarbeit

(1) Die Pfarrgemeinden einer errichteten Seelsorgeeinheit können sich für eine der vier folgenden Formen der Zusammenarbeit entscheiden:

- a) Sie beraten die Angelegenheiten, welche die Zusammenarbeit in der Seelsorgeeinheit berühren oder alle Pfarrgemeinden betreffen, in Gemeinsamen Sitzungen der Pfarrgemeinderäte;
- b) sie bilden einen Gemeinsamen Ausschuss der Pfarrgemeinderäte;

- c) sie bilden unter Beibehaltung der bestehenden Pfarrgemeinderäte einen Gesamt-Pfarrgemeinderat;
- d) sie wählen unter Wegfall der bestehenden Pfarrgemeinderäte einen Gemeinsamen Pfarrgemeinderat.

(2) Die Pfarrgemeinden einer umschriebenen, aber bei Beginn der Amtszeit noch nicht errichteten Seelsorgeeinheit können sich für eine der drei folgenden Formen der Zusammenarbeit entscheiden:

- a) Sie beraten die Angelegenheiten, welche die Zusammenarbeit in der Seelsorgeeinheit berühren oder alle Pfarrgemeinden betreffen, in Gemeinsamen Sitzungen der Pfarrgemeinderäte;
- b) sie bilden einen Gemeinsamen Ausschuss der Pfarrgemeinderäte;
- c) sie bilden unter Beibehaltung der bestehenden Pfarrgemeinderäte einen Gesamt-Pfarrgemeinderat.

(3) Für die Pfarrgemeinderäte, für die Abhaltung Gemeinsamer Sitzungen, für die Gemeinsamen Ausschüsse und für die Gesamt-Pfarrgemeinderäte gilt Abschnitt III dieser Satzung mit den jeweils einschlägigen Unterabschnitten. Für die Gemeinsamen Pfarrgemeinderäte gilt Abschnitt IV dieser Satzung.

(4) Die Entscheidung über die Form der Zusammenarbeit der Pfarrgemeinden (Absätze 1 und 2) treffen die Pfarrgemeinderäte durch Abschluss oder Änderung einer Vereinbarung.

(5) Der Abschluss und die Änderung der Vereinbarung über die Bildung eines Gemeinsamen Ausschusses oder eines Gemeinsamen Pfarrgemeinderates bedürfen eines jeweils mit Zweidrittelmehrheit zu fassenden Beschlusses der Pfarrgemeinderäte. Die Beschlüsse sind bis spätestens sechs Monate vor dem regelmäßigen Wahltermin zu fassen und dem Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg anzuzeigen.

(6) Kommt kein Einvernehmen über den Abschluss oder die Änderung der Vereinbarung zustande, ist ein Gemeinsamer Ausschuss nach Abschnitt III Unterabschnitt 3 dieser Satzung zu bilden mit der Maßgabe, dass § 26 Absatz 7 keine Anwendung findet.

§ 16 Geltungsdauer der Regelung über die Form der Zusammenarbeit

(1) Die Vereinbarung nach § 15 Absatz 4 gilt für die gesamte Dauer der nach Inkrafttreten dieser Satzung beginnenden Amtszeit der Pfarrgemeinderäte. Ihre Geltung verlängert sich auf unbestimmte Zeit, wenn sie nicht innerhalb Jahresfrist vor Ablauf der Amtszeit von

einer beteiligten Pfarrgemeinde schriftlich gekündigt wird.

(2) Vereinbarungen nach § 15 Absatz 2 können zum Zeitpunkt der Errichtung der Seelsorgeeinheit geändert werden, um die Form der Zusammenarbeit im Rahmen der in § 15 Absatz 2 ermöglichten Formen zu wechseln.

(3) Eine Änderung der Vereinbarung mit dem Ziel, den Gemeinsamen Pfarrgemeinderat, den Gemeinsamen Ausschuss oder den Gesamt-Pfarrgemeinderat vor Ablauf seiner Amtszeit aufzulösen, ist nur mit Genehmigung des Erzbischofs zulässig.

(4) Über die Kündigung oder Änderung einer Vereinbarung über die Bildung eines Gemeinsamen Pfarrgemeinderates entscheiden die von einer Pfarrgemeinde in den Gemeinsamen Pfarrgemeinderat unmittelbar gewählten Mitglieder unter Mitwirkung des Leiters der Seelsorgeeinheit mit Dreiviertelmehrheit, über die Kündigung oder Änderung einer Vereinbarung über die Bildung eines Gemeinsamen Ausschusses oder Gesamt-Pfarrgemeinderates entscheidet der Pfarrgemeinderat mit Dreiviertelmehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder.

Abschnitt III

Die Pfarrgemeinderäte und ihre Zusammenarbeit in der Seelsorgeeinheit

Unterabschnitt 1: Gemeinsame Regelungen

§ 17

Zusammensetzung des Pfarrgemeinderates

(1) Der Pfarrgemeinderat besteht aus Mitgliedern kraft Amtes, gewählten, hinzugewählten und beratenden Mitgliedern.

(2) Mitglied kraft Amtes ist der Pfarrer/Pfarradministrator. Sind mehrere Pfarrer/Pfarradministratoren gemäß can. 517 § 1 CIC beauftragt (in solidum) oder wird die Pfarrgemeinde gemäß can. 517 § 2 CIC geleitet, entscheidet der Erzbischof, welcher Priester dem Pfarrgemeinderat kraft Amtes angehört.

(3) Die Pfarrgemeinde wählt entsprechend der Zahl der Katholiken die nachfolgend bestimmte Zahl von Pfarrgemeinderäten:

In Pfarrgemeinden mit einer Katholikenzahl:	zu wählende Mitglieder:
bis 1.000	4 – 8
von 1.001 – 2.000	5 – 10
von 2.001 – 3.000	6 – 12
von 3.001 – 4.000	8 – 16
über 4.000	10 – 20.

(4) Der Pfarrgemeinderat kann weitere Katholiken (sonstige sachkundige Personen oder Vertreter von Zielgruppen, die bei der Wahl nicht berücksichtigt wurden), welche die Voraussetzungen für die Wählbarkeit besitzen, hinzuwählen. Unter ihnen soll - falls nicht schon direkt gewählt - ein Mitglied eines Jugendverbandes oder einer sonstigen Jugendgemeinschaft sein, das nicht volljährig zu sein braucht. Die Zahl der hinzugewählten Mitglieder darf ein Drittel der unmittelbar gewählten Mitglieder nicht übersteigen.

(5) Die in der Pfarrseelsorge mit amtlichem Auftrag tätigen Priester (dazu zählen nicht die Subsidiare), Ständigen Diakone, Ordensleute und die in der Pfarrgemeinde tätigen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Erzdiözese im pastoralen und liturgischen Dienst gehören dem Pfarrgemeinderat als beratende Mitglieder (mit Rede- und Antrags-, jedoch ohne Stimmrecht) an.

(6) Der Pfarrgemeinderat kann Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Kirchengemeinde (§ 5 Absatz 2 Nr. 3) als beratende Mitglieder (mit Rede- und Antrags-, jedoch ohne Stimmrecht) hinzuwählen.

(7) Sind einem Pfarrer mehrere Pfarreien übertragen, kann er sich in einzelnen Sitzungen des Pfarrgemeinderates von einem Mitglied nach Absatz 5 vertreten lassen, der in dieser Sitzung das Stimmrecht des Pfarrers wahrnimmt.

(8) Die Mitglieder nach Absatz 5 können sich auf eine Regelung darüber, wer aus ihrer Mitte die ständige Vertretung im Rat wahrnimmt, verständigen.

§ 18

Wahlgebiet/Sitzverteilung

(1) Wahlgebiet ist das Gebiet der Pfarrgemeinde, soweit Absatz 3 nichts Abweichendes zulässt.

(2) Besteht eine Pfarrgemeinde aus verschiedenen räumlich voneinander getrennten Teilorten (Filialen) oder Wohnbezirken, so kann durch Beschluss des Pfarrgemeinderates bestimmt werden, dass die Sitze im Pfarrgemeinderat nach einem bestimmten Zahlenverhältnis mit Vertretern der verschiedenen Teilorte oder Wohnbezirke zu besetzen sind. Bei der Bestimmung der auf die einzelnen Teilorte oder Wohnbezirke entfallenden Anzahl der Sitze sind die örtlichen Verhältnisse und der Anteil der Katholiken der einzelnen Wahlbezirke zu berücksichtigen. Jeder Teilort oder Wohnbezirk bildet einen eigenen Wahlbezirk und wählt jeweils die ihm zustehende Anzahl der Mitglieder (echte Teilortswahl).

(3) Gehören zu einer Pfarrgemeinde eine oder mehrere Filialkirchengemeinden, kann auf schriftlich begründeten und jeweils mit Zustimmung des Pfarrers gestellten Antrag des Pfarrgemeinderates der Pfarrgemeinde oder des noch amtierenden Pfarrgemeinderates der Filialkirchengemeinde, der innerhalb einer Frist von sechs Monaten vor dem nächsten regelmäßigen Wahltermin beim Erzbischöflichen Ordinariat vorliegen muss, durch Entscheidung des Erzbischofs das Wahlgebiet der Filialkirchengemeinde abgetrennt und ein eigener Pfarrgemeinderat gebildet werden.

Wird in der Filialkirchengemeinde kein eigener Pfarrgemeinderat gebildet, ist gemäß Absatz 2 zu verfahren.

(4) In Pfarrgemeinden mit einer Filialkirchengemeinde oder mehreren Filialkirchengemeinden, für die kein eigener Pfarrgemeinderat gebildet wird, wird die Mindest- und Höchstzahl der Mitglieder nach § 17 Absatz 3 auf der Grundlage der Gesamtzahl der Katholiken ermittelt und festgesetzt.

In Pfarrgemeinden mit einer Filialkirchengemeinde oder mehreren Filialkirchengemeinden, für die ein eigener Pfarrgemeinderat gebildet wird, ist für die Zahl der Mitglieder des Pfarrgemeinderates nach § 17 Absatz 3 die Katholikenzahl der Pfarrgemeinde ohne Berücksichtigung der Filialkirchengemeinden maßgebend.

(5) Beschlüsse nach den Absätzen 2 bis 4 bedürfen einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

§ 19 Stiftungsrat

(1) Für die Dauer seiner Amtszeit bestellt der Pfarrgemeinderat innerhalb von längstens sechs Wochen nach seiner konstituierenden Sitzung einen Stiftungsrat. Dem Stiftungsrat obliegt die Verwaltung und Vertretung des örtlichen Kirchenvermögens.

(2) Das Nähere über die Aufgaben, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Stiftungsrates bestimmt die „Ordnung über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg (Kirchliche Vermögensverwaltungsordnung -KVO-)“.

§ 20 Pfarrversammlung

Der Pfarrgemeinderat soll einmal im Jahr alle Glieder der Gemeinde zu einer Pfarrversammlung oder zu einer den örtlichen Bedürfnissen entsprechenden Veranstal-

tung einladen und über seine Tätigkeit berichten. Darin sollen ferner Fragen des kirchlichen Lebens erörtert sowie Anregungen und Vorschläge für die Arbeit des Pfarrgemeinderates gegeben werden.

§ 21 Sachkosten

Die Sachkosten des Pfarrgemeinderates trägt die Kirchengemeinde; sie sind in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Unterabschnitt 2: Die Gemeinsame Sitzung der Pfarrgemeinderäte

§ 22 Aufgaben

Wird in einer Seelsorgeeinheit kein Gemeinsamer Ausschuss bzw. Gesamt-Pfarrgemeinderat gebildet oder kein Gemeinsamer Pfarrgemeinderat gewählt, so werden die Angelegenheiten, welche die Zusammenarbeit in der Seelsorgeeinheit berühren oder alle Pfarrgemeinden betreffen, in Gemeinsamen Sitzungen aller Pfarrgemeinderäte beraten und beschlossen.

§ 23 Arbeitsweise

(1) Gemeinsame Beschlüsse kommen zustande, wenn die erforderliche Mehrheit in getrennter Abstimmung in jedem der Pfarrgemeinderäte erreicht wird.

(2) Die Beratung und Beschlussfassung in Angelegenheiten des § 19 erfolgt durch die einzelnen Pfarrgemeinderäte in getrennten Sitzungen.

(3) § 26 Absatz 1 und Absatz 2 Sätze 1, 3 und 4 gelten entsprechend. Im Übrigen wird das Nähere über die Arbeitsweise in der Vereinbarung nach § 15 Absatz 4 geregelt.

Unterabschnitt 3: Der Gemeinsame Ausschuss der Pfarrgemeinderäte

§ 24 Aufgaben

(1) Werden in einer Seelsorgeeinheit keine Gemeinsamen Sitzungen der Pfarrgemeinderäte abgehalten, und wird weder ein Gesamt-Pfarrgemeinderat gebildet noch ein Gemeinsamer Pfarrgemeinderat gewählt, bilden die Pfarrgemeinderäte einen Gemeinsamen Ausschuss. In

diesem werden die Themen, welche die Zusammenarbeit in der Seelsorgeeinheit berühren oder alle Pfarreien betreffen, beraten und die damit zusammenhängenden Beschlüsse gefasst.

(2) Der Gemeinsame Ausschuss ist anstelle der Pfarrgemeinderäte für Beschlüsse, die einer gemeinsamen Regelung für die Seelsorgeeinheit bedürfen, in folgenden Angelegenheiten zuständig:

- a) Im Bereich der Liturgie über Orte, Zeiten und Formen der Gottesdienste;
- b) im Bereich der Verkündigung über die Sakramentenkatechese, die Zusammenarbeit bei der Jugend- und Erwachsenenbildung und die Verbindung zur Schule/Schulseelsorge;
- c) im Bereich der Caritas über die Zusammenarbeit der Tageseinrichtungen für Kinder, der Besuchsdienstgruppen, der Nachbarschaftshilfen und die Verbindung zu überpfarrlichen karitativen Einrichtungen;
- d) im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit über pfarrliche Mitteilungen und die Zusammenarbeit mit Kommunikationsmedien.

Alle weiteren aus § 2 dieser Satzung sich ergebenden Aufgaben verbleiben in der Zuständigkeit der Pfarrgemeinderäte.

(3) Darüber hinaus können in der Vereinbarung nach § 15 Absatz 4 dem Gemeinsamen Ausschuss weitere Zuständigkeiten übertragen werden.

§ 25 Zusammensetzung

(1) Der Gemeinsame Ausschuss besteht aus Mitgliedern kraft Amtes, entsandten und beratenden Mitgliedern.

(2) Mitglieder kraft Amtes sind:

- a) Der vom Erzbischof ernannte Leiter der Seelsorgeeinheit;
- b) die als Pfarrer investierten oder als Pfarradministratoren beauftragten Priester;
- c) die Vorsitzenden der Pfarrgemeinderäte;
- d) die stellvertretenden Vorsitzenden der Pfarrgemeinderäte.

(3) Die Pfarrgemeinderäte der einzelnen Pfarregemeinden mit mehr als 2000 Katholiken entsenden aus der Mitte der stimmberechtigten Mitglieder für die Dauer ihrer Amtszeit zusätzliche Vertreter in den Gemeinsamen Ausschuss. Die Zahl der zusätzlich zu entsendenden Vertreter beträgt:

Pfarregemeinden mit einer Katholikenzahl:	zusätzlich zu entsendende Vertreter:
von 2.001 bis 3.000	1
von 3.001 bis 4.000	2
über 4.001	3.

Ein zusätzlicher Vertreter kann durch Beschluss des Pfarrgemeinderates, welcher einer Zweidrittelmehrheit bedarf, vor Ablauf der Amtszeit abberufen werden.

(4) Weitere in der Seelsorgeeinheit mit amtlichen Auftrag tätige Priester, Ordensleute, Ständige Diakone und Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Erzdiözese im pastoralen und liturgischen Dienst gehören dem Gemeinsamen Ausschuss als beratende Mitglieder (mit Rede- und Antrags-, jedoch ohne Stimmrecht) an. § 17 Absatz 6 und 8 gilt entsprechend.

§ 26 Arbeitsweise

(1) Der Gemeinsame Ausschuss wählt für die Dauer seiner Amtszeit aus den Mitgliedern kraft Amtes nach § 25 Absatz 2 Buchstaben c) oder d) einen/eine Vorsitzenden/Vorsitzende und einen/eine stellvertretenden Vorsitzenden/Vorsitzende. Die Wiederwahl ist zulässig.

(2) Der Gemeinsame Ausschuss tritt auf Einladung des/der Vorsitzenden, im Verhinderungsfall des/der stellvertretenden Vorsitzenden, zusammen. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der/die Vorsitzende oder der/die stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind. Beschlüsse werden mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen bleiben dabei außer Betracht. § 9 und § 10 Absatz 3 dieser Satzung gelten entsprechend.

(3) Über die Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses ist ein Protokoll zu führen.

(4) Die Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses sind grundsätzlich öffentlich, es sei denn, dass die Nichtöffentlichkeit für die gesamte Tagesordnung oder für einzelne Tagesordnungspunkte vom Gemeinsamen Ausschuss beschlossen wird. Im Übrigen gilt die Rahmengeschäftsordnung für die Pfarrgemeinderäte, Dekanatsräte und für den Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Freiburg in ihrer jeweiligen Fassung.

(5) Der/die Vorsitzende des Gemeinsamen Ausschusses informiert die Mitglieder der Pfarrgemeinderäte der einzelnen Kirchengemeinden über die Beratungsgegenstände durch Mitteilung der Tagesordnung. Er unterrichtet sie über die getroffenen Beschlüsse durch Über-

sendung des Protokolls. Die Mitglieder des Pfarrgemeinderates, die nicht dem Gemeinsamen Ausschuss angehören, können auch an nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses als Zuhörer teilnehmen.

(6) Der Gemeinsame Ausschuss kann die Pfarrgemeinderäte zu einer gemeinsamen Sitzung einladen, wenn eine Angelegenheit von besonderer Bedeutung beraten werden soll. Die Befugnisse des Gemeinsamen Ausschusses nach den Absätzen 2 und 3 bleiben hiervon unberührt.

(7) Von den Regelungen in § 25 Absatz 3 und § 26 Absatz 1 und 2 kann in der Vereinbarung nach § 15 Absatz 4 mit Genehmigung des Erzbischöflichen Ordinariates abgewichen werden.

(8) Auf den Gemeinsamen Ausschuss finden die §§ 9, 10 Absatz 3 sowie die §§ 11 bis 14 entsprechend Anwendung. Im Übrigen wird das Nähere über die Arbeitsweise in der Vereinbarung nach § 15 Absatz 4 geregelt.

§ 27

Widerspruch gegen Beschlüsse des Gemeinsamen Ausschusses

Die Pfarrgemeinderäte haben das Recht, gegen Beschlüsse des Gemeinsamen Ausschusses innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Bekanntgabe Widerspruch einzulegen. Der Beschluss über die Einlegung des Widerspruches bedarf einer Dreiviertelmehrheit der Mitglieder des jeweiligen Pfarrgemeinderates. Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Legt ein Pfarrgemeinderat Widerspruch ein, so ist die Angelegenheit im Gemeinsamen Ausschuss erneut zu beraten. Bestätigt der Gemeinsame Ausschuss den Beschluss, kann der widersprechende Pfarrgemeinderat durch mit Dreiviertelmehrheit zu fassenden Beschluss die Schlichtungsstelle anrufen. Wird der Regelungsvorschlag der Schlichtungsstelle von den Beteiligten nicht angenommen, entscheidet der Erzbischof.

Unterabschnitt 4: Der Gesamt-Pfarrgemeinderat

§ 28

Aufgaben

Werden in einer Seelsorgeeinheit keine Gemeinsamen Sitzungen der Pfarrgemeinderäte abgehalten, und wird weder ein Gemeinsamer Ausschuss der Pfarrgemeinderäte gebildet noch ein Gemeinsamer Pfarrgemeinderat gewählt, bilden die Pfarrgemeinderäte einen Gesamt-Pfarrgemeinderat. Der Gesamt-Pfarrgemeinderat nimmt anstelle der einzelnen Pfarrgemeinderäte die

Aufgaben wahr, welche in § 24 Absätze 1 bis 3 dem Gemeinsamen Ausschuss übertragen sind bzw. übertragen werden können. Alle weiteren aus § 2 dieser Satzung sich ergebenden Aufgaben verbleiben in der Zuständigkeit der einzelnen Pfarrgemeinderäte.

§ 29

Zusammensetzung

Der Gesamt-Pfarrgemeinderat besteht aus allen Mitgliedern der in der Seelsorgeeinheit bestehenden Pfarrgemeinderäte.

§ 30

Arbeitsweise

Für die Arbeitsweise und das Verfahren des Gesamt-Pfarrgemeinderates gelten die §§ 26 und 27 dieser Satzung entsprechend. Im Übrigen wird das Nähere über die Arbeitsweise in der Vereinbarung nach § 15 Absatz 4 geregelt.

Abschnitt IV

Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat der Seelsorgeeinheit

§ 31

Zusammensetzung

(1) Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat besteht aus Mitgliedern kraft Amtes, gewählten, hinzugewählten und beratenden Mitgliedern.

(2) Mitglieder kraft Amtes sind

- a) der Leiter der Seelsorgeeinheit und
- b) die als Pfarrer investierten oder als Pfarradministratoren beauftragten Priester.

(3) Die Anzahl der unmittelbar zu wählenden Mitglieder des Gemeinsamen Pfarrgemeinderates sowie die Aufteilung auf die einzelnen Pfarrgemeinden ist in der Vereinbarung über die Bildung eines Gemeinsamen Pfarrgemeinderates festzulegen. Die Mindest- und Höchstzahl der Sitze wird auf der Grundlage der Gesamtzahl der Katholiken innerhalb der Seelsorgeeinheit ermittelt.

In Seelsorgeeinheiten mit einer Katholikenzahl:	zu wählende Mitglieder:
bis 1.000	4 – 10
von 1.001 – 2.000	5 – 12
von 2.001 – 3.000	6 – 15
von 3.001 – 4.000	8 – 20
über 4.000	10 – 24.

(4) Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat kann weitere Katholiken (sonstige sachkundige Personen oder Vertreter besonderer Zielgruppen, die bei der Wahl nicht berücksichtigt wurden), welche die Voraussetzungen für die Wählbarkeit besitzen, hinzuwählen. Unter ihnen soll - falls nicht direkt schon gewählt - ein Mitglied eines Jugendverbandes oder einer sonstigen Jugendgemeinschaft sein, das nicht volljährig zu sein braucht. Ihre Zahl darf ein Drittel der gewählten Mitglieder nicht übersteigen.

(5) Die in der Pfarrseelsorge mit amtlichem Auftrag tätigen Priester (dazu zählen nicht die Subsidiare), Ordensleute, Ständigen Diakone und die in der Pfarrgemeinde tätigen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen im pastoralen Dienst gehören dem Gemeinsamen Pfarrgemeinderat als beratende Mitglieder (mit Rede- und Antrags-, jedoch ohne Stimmrecht) an.

(6) Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat kann Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Kirchengemeinden (§ 5 Absatz 2 Nr. 3) als beratende Mitglieder (mit Rede- und Antrags-, jedoch ohne Stimmrecht) hinzuwählen.

(7) Die Mitglieder nach Absatz 5 können sich auf eine Regelung darüber, wer aus ihrer Mitte die ständige Vertretung im Rat wahrnimmt, verständigen.

§ 32

Wahlgebiet und Sitzverteilung

(1) Wahlgebiet ist das Gebiet der Seelsorgeeinheit. Die Gebiete der zur Seelsorgeeinheit gehörenden Pfarrgemeinden/Filialkirchengemeinden bilden jeweils eigene Wahlbezirke, soweit die Wahlordnung nichts Abweichendes vorsieht. Durch Beschluss des Gemeinsamen Pfarrgemeinderates können die Wahlbezirke nach Satz 2 in mehrere Wahlbezirke aufgeteilt werden.

(2) Bei der Bestimmung der auf die einzelnen Wahlbezirke entfallenden Anzahl der Sitze sind die örtlichen Verhältnisse und der Anteil der Katholiken zu berücksichtigen. Jeder Wahlbezirk wählt jeweils die ihm zustehende Anzahl der Mitglieder (echte Teilortswahl).

(3) Beschlüsse nach Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 über die Aufteilung in Wahlbezirke und die Sitzverteilung bedürfen einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

§ 33

Beschlussfähigkeit

Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

Beschlüsse werden mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst.

Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt.

§ 34

Pfarrausschuss

Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat kann zur Beratung von Angelegenheiten, die ausschließlich einzelne Pfarrgemeinden betreffen, einen Pfarrausschuss bilden. Er kann in den Pfarrausschuss auch Personen berufen, die nicht Mitglieder des Gemeinsamen Pfarrgemeinderates sind. Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat kann dem Pfarrausschuss Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen.

§ 35

Stiftungsrat

(1) Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat nimmt als Organ der örtlichen Vermögensverwaltung die Aufgaben gemäß § 2 Absatz 3 für alle Kirchengemeinden der Seelsorgeeinheit wahr, soweit nicht eine Gesamtkirchengemeinde errichtet ist und der Gesamtstiftungsrat zuständig ist.

(2) Für die Dauer seiner Amtszeit bestellt der Gemeinsame Pfarrgemeinderat innerhalb von längstens sechs Wochen nach seiner konstituierenden Sitzung für jede Kirchengemeinde einen Stiftungsrat. Den Stiftungsräten obliegt die Verwaltung und Vertretung des örtlichen Kirchenvermögens.

(3) Das Nähere über die Aufgaben, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Stiftungsrates bestimmt die „Ordnung über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg (Kirchliche Vermögensverwaltungsordnung -KVO-)“.

§ 36

Pfarrversammlung

Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat soll einmal im Jahr alle Glieder der Gemeinden zu einer Gemeinsamen Pfarrversammlung oder zu einer den örtlichen Bedürfnissen entsprechenden Veranstaltung einladen und über seine Tätigkeit berichten. Darin sollen ferner Fragen des kirchlichen Lebens erörtert sowie Anregungen und Vorschläge für die Arbeit des Gemeinsamen Pfarrgemeinderates gegeben werden.

§ 37
Sachkosten

Die Sachkosten des Gemeinsamen Pfarrgemeinderates tragen die Pfarrgemeinden der Seelsorgeeinheit nach einem in der Vereinbarung (§ 15 Absatz 4) zu bestimmenden Schlüssel. Sie sind in die Haushaltspläne aufzunehmen.

Abschnitt V
Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 38
Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. September 2004 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg vom 23. Juni 1994 (ABl. S. 401) in der Fassung vom 7. Oktober 1999 (ABl. S. 175) außer Kraft.

(2) Für die Tätigkeit der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung im Amt befindlichen Pfarrgemeinderäte bleibt die bisherige Satzung maßgebend.

Freiburg im Breisgau, den 5. Juli 2004


Erzbischof

Nr. 388

**Wahlordnung für die Pfarrgemeinderäte
im Erzbistum Freiburg**

Gliederungsübersicht

Abschnitt I: Allgemeine Regelungen

- § 1 Geltungsbereich und Wahlgrundsätze
- § 2 Wahltermin

Abschnitt II: Der Pfarrgemeinderat der Pfarrgemeinde

- § 3 Vorbereitung der Wahl
- § 4 Wahlvorstand
- § 5 Wahlbezirksausschuss
- § 6 Öffentliche Bekanntmachung der Wahl
- § 7 Aufstellung des Wählerverzeichnisses
- § 8 Erlangung des Wahlrechts nach § 4 Abs. 2 PGRS
- § 9 Briefwahl
- § 10 Wahlvorschläge
- § 11 Kandidatenliste
- § 12 Stimmzettel
- § 13 Wahllokal
- § 14 Stimmabgabe
- § 15 Ermittlung des Wahlergebnisses
- § 16 Ungültigkeit der Stimmabgabe
- § 17 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 18 Bekanntmachung des Wahlergebnisses
- § 19 Wahlprüfung
- § 20 Wiederholungswahl

Abschnitt III: Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat der
Seelsorgeeinheit

- § 21 Vorbereitung der Wahl
- § 22 Wahlvorstand
- § 23 Wahlbezirksausschuss
- § 24 Öffentliche Bekanntmachung der Wahl
- § 25 Aufstellung des Wählerverzeichnisses
- § 26 Erlangung des Wahlrechts nach § 4 Abs. 2 PGRS
- § 27 Briefwahl
- § 28 Wahlvorschläge
- § 29 Kandidatenlisten
- § 30 Stimmzettel
- § 31 Wahllokal
- § 32 Stimmabgabe
- § 33 Ermittlung des Wahlergebnisses
- § 34 Ungültigkeit der Stimmabgabe
- § 35 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 36 Bekanntmachung des Wahlergebnisses
- § 37 Wahlprüfung
- § 38 Wiederholungswahl

Abschnitt IV: Schlussbestimmungen

- § 39 Inkrafttreten

Abschnitt I *Allgemeine Regelungen*

§ 1

Geltungsbereich und Wahlgrundsätze

(1) Diese Wahlordnung gilt für die Wahl der Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg. Auf die Wahl der Pfarrgemeinderäte in den Pfarrgemeinden findet Abschnitt II dieser Ordnung, auf die Wahl der Gemeinsamen Pfarrgemeinderäte in den Seelsorgeeinheiten findet Abschnitt III dieser Ordnung Anwendung.

(2) Die Mitglieder der Pfarrgemeinderäte gemäß § 17 Absatz 3 und § 31 Absatz 3 der Satzung der Pfarrgemeinderäte -PGRS- werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.

§ 2

Wahltermin

Die Wahl der Pfarrgemeinderäte findet regelmäßig alle fünf Jahre statt. Der Wahltag wird durch den Erzbischof bestimmt und im Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg bekannt gemacht.

Abschnitt II

Der Pfarrgemeinderat der Pfarrgemeinde

§ 3

Vorbereitung der Wahl

(1) Der amtierende Pfarrgemeinderat hat spätestens vier Monate vor der Neuwahl

1. die Zahl der gemäß § 17 Absatz 3 PGRS zu wählenden Pfarrgemeinderäte festzulegen,
2. über die Sitzverteilung gemäß § 18 Absätze 2 und 4 PGRS zu beschließen,
3. die Mitglieder des Wahlvorstandes und ggf. der Wahlbezirksausschüsse zu wählen.

(2) Die Beschlüsse nach Absatz 1 Ziffern 1 und 2 bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder; § 9 Absatz 2 Satz 1 2. Halbsatz PGRS findet auf diese Beschlüsse keine Anwendung.

(3) Kommen vor Ablauf der Frist keine entsprechenden Beschlüsse des Pfarrgemeinderates zustande, ist die in § 17 Absatz 3 PGRS genannte Mindestzahl maßgebend und es unterbleibt die Aufteilung des Wahlgebietes in Wahlbezirke.

§ 4

Wahlvorstand

(1) Dem Wahlvorstand gehören an:

1. Der Pfarrer oder eine von ihm beauftragte Person,
2. vier Mitglieder der Pfarrgemeinde, die vom Pfarrgemeinderat gewählt werden.

(2) Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte einen/eine Vorsitzenden/Vorsitzende, dessen/deren Stellvertreter/Stellvertreterin und einen/eine Schriftführer/Schriftführerin. Mitglieder des Wahlvorstandes, die für die Wahl in den Pfarrgemeinderat mit ihrer Zustimmung vorgeschlagen werden, scheiden aus dem Wahlvorstand aus.

(3) Dem Wahlvorstand obliegt die Aufgabe

1. die Wahl öffentlich bekannt zu machen,
2. das Wählerverzeichnis zu erstellen,
3. Briefwahlscheine auszustellen,
4. die Wahlvorschläge zu prüfen,
5. die Wahlvorschläge öffentlich bekannt zu machen,
6. das Wahlergebnis zu ermitteln und festzustellen.

(4) Der Wahlvorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Er fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet der/die Vorsitzende.

(5) Der Wahlvorstand bestellt die für die Wahl erforderlichen Hilfskräfte.

(6) Die Sitzungen des Wahlvorstandes sind mit Ausnahme der Sitzung zur Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses nicht öffentlich.

§ 5

Wahlbezirksausschuss

In Pfarrgemeinden, in welchen mehrere Wahlbezirke gebildet werden, ist für jeden Wahlbezirk ein Wahlbezirksausschuss zu bestellen. Die Mitglieder werden vom Pfarrgemeinderat berufen. Die Zahl der Mitglieder bestimmt ebenfalls der Pfarrgemeinderat.

§ 6

Öffentliche Bekanntmachung der Wahl

(1) Die Wahl der Pfarrgemeinderäte hat der Wahlvorstand (§ 4) - wo ein solcher nicht besteht, der Pfarrer - spätestens neun Wochen vor dem Wahltag öffentlich bekannt zu machen.

(2) Die öffentliche Bekanntmachung der Wahl der Pfarrgemeinderäte hat zu enthalten:

1. Den Tag der Wahl,
2. Beginn und Schluss der Abstimmung,
3. bei Aufteilung des Wahlgebiets in Wahlbezirke deren Benennung,
4. das Wahllokal,
5. einen Hinweis auf das Wahlverfahren,
6. die Zahl der im Wahlgebiet/in den einzelnen Wahlbezirken zu wählenden Mitglieder,
7. Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auflegung des Wählerverzeichnisses,
8. die Aufforderung, spätestens sechs Wochen vor dem Wahltag beim Wahlvorstand Wahlvorschläge einzureichen,
9. einen Hinweis darauf, dass nur mit amtlichen Stimmzetteln und Wahlumschlägen abgestimmt werden darf, dass andere Stimmzettel sowie Stimmzettel in nichtamtlichen Wahlumschlägen ungültig sind und dass Briefwahl möglich ist.

(3) Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt durch:

1. Hinweis in den Sonntagsgottesdiensten oder
2. Veröffentlichung im Pfarrblatt oder sonstigen Mitteilungsblättern der Pfarrgemeinde oder
3. Anschlag an der Kirchentüre oder an der Anschlagtafel.

§ 7

Aufstellung des Wählerverzeichnisses

(1) Für die Wahl ist ein Wählerverzeichnis zu erstellen. In das Wählerverzeichnis sind die Wahlberechtigten einzutragen. Soweit Wahlbezirke gebildet sind, sind die Wahlberechtigten den Wahlbezirken zuzuordnen.

(2) Das Wählerverzeichnis muss folgende Angaben enthalten:

1. Laufende Nummer,
2. Familienname,
3. Vorname,
4. Geburtstag,
5. Wohnort und Wohnung,
6. Vermerk über die Stimmabgabe und
7. Bemerkungen.

(3) Die Auflegung der Wählerverzeichnisse muss mindestens eine Woche lang erfolgen und spätestens vier Wochen vor der Wahl beendet sein.

(4) Jeder/jede Wahlberechtigte, der/die das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann dessen Berichtigung beantragen. Über den Antrag entscheidet der Wahlvorstand.

(5) Das Wählerverzeichnis wird vom/von der Vorsitzenden des Wahlvorstandes am zweiten Tag vor der Wahl endgültig abgeschlossen. Es ist zu vermerken:

1. Die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Personen mit Behinderungsvermerk,
3. die Zahl der ausgestellten Briefwahlscheine.

§ 8

Erlangung des Wahlrechts nach § 4 Abs. 2 PGRS

(1) Anträge auf Erlangung des Wahlrechts nach § 4 Absatz 2 PGRS sind spätestens vier Wochen vor dem Wahltermin beim Wahlvorstand derjenigen Pfarrgemeinde, in der das Wahlrecht ausgeübt werden soll, zu stellen. Der Wahlvorstand stellt fest, ob die Voraussetzungen vorliegen, und entscheidet über den Antrag.

(2) Der Wahlvorstand benachrichtigt den Antragsteller und den Wahlvorstand der Pfarrgemeinde, welcher der Antragsteller angehört, über die getroffene Entscheidung. Wird dem Antrag stattgegeben, ergänzt der Wahlvorstand das Wählerverzeichnis. Der Wahlvorstand der Pfarrgemeinde, welcher der Antragsteller angehört, trägt den Antragsteller aus dem Wählerverzeichnis aus.

(3) Die Entscheidung des Wahlvorstandes der Pfarrgemeinde, in der das Wahlrecht nach Absatz 1 ausgeübt werden soll, ist für den Wahlvorstand der Pfarrgemeinde, welcher der Antragsteller angehört, verbindlich. Sie kann nicht selbständig angefochten werden; § 19 bleibt hiervon unberührt.

§ 9

Briefwahl

(1) Jeder/jede Wahlberechtigte erhält auf schriftlichen Antrag, der spätestens am dritten Tag vor der Wahl beim/bei der Vorsitzenden des Wahlvorstandes eingegangen sein muss, einen Briefwahlschein sowie die weiteren Unterlagen zur Ausübung der Briefwahl.

(2) Die Ausstellung eines Briefwahlscheins wird vom/von der Vorsitzenden des Wahlvorstandes im Wählerverzeichnis in der Spalte „Bemerkungen“ eingetragen.

§ 10 Wahlvorschläge

(1) Wahlvorschläge, die auch mehrere Namen umfassen können, kann jedes wahlberechtigte Mitglied der Pfarrgemeinde einreichen. Der Wahlvorschlag muss enthalten:

1. Die Unterschrift von mindestens 10 Wahlberechtigten sowie
2. die schriftliche Einverständniserklärung des Kandidaten.

(2) Der Wahlvorstand hat die eingegangenen Wahlvorschläge zu prüfen. Stellt er Mängel fest, hat er unverzüglich zur Beseitigung aufzufordern. Mängel können nur bis zum Ablauf der Vorschlagsfrist behoben werden.

(3) Die Kandidatenliste soll doppelt so viele Namen enthalten als Mitglieder zu wählen sind.

(4) Der Wahlvorstand entscheidet spätestens vier Wochen vor der Wahl über die Zulassung der Wahlvorschläge.

(5) Entspricht die Zahl der Kandidaten der Zahl der gemäß § 3 Absatz 1 im Wahlgebiet/im Wahlbezirk zu wählenden Mitglieder oder liegt sie darunter, kann jede wählbare Person in den Pfarrgemeinderat gewählt werden. Auf diese Rechtsfolge ist in der Wahlbenachrichtigung (§ 12 Absatz 2) oder auf dem Stimmzettel hinzuweisen.

§ 11 Kandidatenliste

(1) Die Namen der Kandidaten sind in alphabetischer Reihenfolge mit Angabe von Beruf, Geburtsjahr, Wohnort und Wohnung in die Kandidatenliste einzutragen.

(2) Die Kandidatenliste ist spätestens zwei Wochen vor der Wahl in der in § 6 Absatz 3 vorgeschriebenen Weise öffentlich bekannt zu machen.

§ 12 Stimmzettel

(1) Auf den Stimmzetteln sind die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge mit den in der Kandidatenliste enthaltenen Angaben aufzuführen. Ferner ist die Zahl der zu wählenden Mitglieder zu vermerken. Im Fall des § 10 Absatz 5 sind so viele freie Felder für die Stimmabgabe anzufügen, wie Sitze zu vergeben sind.

(2) Die Stimmzettel sollen den Wahlberechtigten spätestens zwei Wochen vor der Wahl zusammen mit

einer Wahlbenachrichtigung zugestellt werden. Sie sollen innerhalb eines Wahlbezirks die gleiche Farbe erhalten.

§ 13 Wahllokal

(1) Für jeden Wahlbezirk bestimmt der Wahlvorstand ein geeignetes Wahllokal.

(2) Das Wahllokal muss am Wahltag mindestens vier Stunden geöffnet sein; es soll vor und nach dem Vorabendgottesdienst je eine Stunde geöffnet werden.

(3) In den Wahllokalen sind Stimmzettel in ausreichender Zahl bereitzuhalten.

(4) Wahlumschläge werden nur in den Wahllokalen bereitgehalten. Sie müssen undurchsichtig und innerhalb eines jeden Wahlbezirkes von gleicher Größe und Farbe sein.

§ 14 Stimmabgabe

(1) Der/die Wahlberechtigte kann seine Stimme nur persönlich abgeben. Ein/eine Wahlberechtigter/Wahlberechtigte, der/die nicht lesen kann oder durch körperliche Gebrechen gehindert ist, seine/ihre Stimme allein abzugeben, kann sich der Hilfe einer Person seines/ihrer Vertrauens bedienen.

(2) Der Wähler gibt seine Stimme in der Weise ab, dass er auf dem Stimmzettel

1. einem Kandidaten, dem er eine Stimme geben will, durch ein Kreuz hinter dem vorgedruckten Namen, durch Eintragung des Namens oder auf sonst eindeutige Weise als gewählt kennzeichnet,
2. einem Kandidaten, dem er zwei oder drei Stimmen geben will, durch die Ziffer „2“ oder „3“ hinter dem Namen, durch Wiederholung des Namens oder auf sonst eindeutige Weise als mit zwei oder drei Stimmen gewählt kennzeichnet.

Der Wähler darf auf dem Stimmzettel höchstens so viele Stimmen vergeben, wie Mitglieder des Pfarrgemeinderates zu wählen sind.

Der Stimmzettel ist in den Wahlumschlag und sodann in die Wahlurne zu legen.

(3) Bei der Briefwahl hat der Wähler dem Wahlvorstand im verschlossenen Wahlbrief den Wahlumschlag, der den ausgefüllten Stimmzettel enthält, sowie den Briefwahlschein zu übersenden. Auf dem Briefwahlschein ist zu versichern, dass der Wähler den Stimmzettel per-

sönlich gekennzeichnet oder sich der Hilfe einer Person seines Vertrauens bedient hat. Der Wahlbrief muss spätestens bis zum Ende der Wahlhandlung beim Wahlvorstand eingegangen sein. Der/die Schriftführer/Schriftführerin vermerkt die Stimmabgabe hinter dem Namen des Wählers in der dafür vorgesehenen Spalte des Wählerverzeichnisses, legt den Stimmzettel in die Wahlurne und sammelt die Briefwahlscheine.

§ 15

Ermittlung des Wahlergebnisses

(1) Das Wahlergebnis ist in öffentlicher Sitzung zu ermitteln und festzustellen.

(2) Nach Beendigung der Wahlhandlung entnimmt der Wahlvorstand die Umschläge der Wahlurne und zählt die abgegebenen Umschläge. Sodann öffnet der Wahlvorstand die Umschläge, prüft die Gültigkeit der Stimmabgabe und ermittelt die Zahl der auf die einzelnen Kandidaten abgegebenen gültigen Stimmen. Über die Wahlhandlung, die Stimmenauszählung und die Feststellung des Wahlergebnisses ist eine Niederschrift anzufertigen und von allen Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterzeichnen.

§ 16

Ungültigkeit der Stimmabgabe

(1) Ungültig sind Stimmzettel,

1. die nicht amtlich ausgegeben worden sind,
2. die in gekennzeichneten Wahlumschlägen abgegeben worden sind,
3. die unzulässige Änderungen, Vorbehalte oder Zusätze enthalten,
4. die keine Eintragung enthalten oder deren ganzer Inhalt gestrichen ist,
5. mehr gültige Stimmen enthalten, als der Wähler hat.

(2) Ungültig sind Stimmen,

1. wenn der Name des Gewählten auf dem Stimmzettel nicht lesbar, die Person des Gewählten aus dem Stimmzettel nicht unzweifelhaft erkennbar oder gegenüber dem Gewählten ein Vorbehalt beigefügt ist,
2. soweit bei Stimmenhäufung die Häufungszahl nicht lesbar oder ihre Zuwendung an einen bestimmten Kandidaten nicht erkennbar ist,
3. soweit sie unter Überschreitung der zulässigen Häufungszahl auf einen Kandidaten abgegeben worden sind.

(3) Bei der Briefwahl ist die Stimmabgabe außerdem ungültig, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. der Wahlbrief unverschlossen übersandt worden ist,
3. der Briefwahlschein fehlt oder unvollständig ausgefüllt ist.

§ 17

Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Gewählt sind der Reihenfolge nach die Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

(2) Der Wahlvorstand ermittelt das festgestellte Wahlergebnis und teilt es den Kandidaten mit.

(3) Die abgegebenen Stimmzettel werden bis zum Ablauf der Wahlprüfungsfrist im Pfarrarchiv aufbewahrt.

§ 18

Bekanntmachung des Wahlergebnisses

(1) Das Wahlergebnis ist an dem auf den Wahltag folgenden Sonntag in der in § 6 Absatz 3 vorgesehenen Weise öffentlich bekannt zu machen.

(2) Die Bekanntmachung hat zu enthalten:

1. Die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der abgegebenen Stimmzettel,
3. die Zahl der gültigen Stimmzettel,
4. die Namen und die Reihenfolge der Gewählten mit den Zahlen ihrer gültigen Stimmen,
5. eine Belehrung über die Möglichkeit der Wahlanfechtung unter Angabe der Frist.

§ 19

Wahlprüfung

(1) Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder/jede Wahlberechtigte beim Wahlvorstand innerhalb einer Frist von einer Woche nach der öffentlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses Einspruch einlegen.

(2) Der Einspruch ist schriftlich einzulegen und zu begründen. Der Einspruch kann nur auf Mängel in der Person eines Gewählten oder auf Verfahrensmängel gestützt werden, die für das Verfahren erheblich sind. Der Wahlvorstand entscheidet binnen einer Woche, ob er dem Einspruch abhilft. Hilft er dem Einspruch nicht ab, leitet er ihn an die Schlichtungsstelle (§ 14 PGRS) unter Beifügung seiner schriftlichen Stellungnahme weiter.

(3) Über den Einspruch entscheidet die Schlichtungsstelle innerhalb einer Frist von vier Wochen nach dem Wahltag. Die Entscheidung ist dem/der Wahlberechtigten, der den Einspruch eingelegt hat, und dem Wahlvorstand zuzustellen.

(4) Gegen die Entscheidung der Schlichtungsstelle kann innerhalb einer Frist von einer Woche nach Zustellung Beschwerde beim Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg eingelegt werden.

§ 20 **Wiederholungswahl**

(1) Wird im Wahlprüfungsverfahren die Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt, so ist sie in dem in der Entscheidung zu bestimmenden Umfang zu wiederholen.

(2) Die Wiederholungswahl muss spätestens sechs Monate nach der Entscheidung stattfinden, durch welche die Wahl für ungültig erklärt worden ist.

(3) Auf Grund der Wiederholungswahl wird das Wahlergebnis nach Maßgabe dieser Wahlordnung festgestellt.

(4) Werden Wiederholungswahlen nur in einzelnen Wahlbezirken durchgeführt, darf die Einteilung der Wahlbezirke nicht verändert werden.

Abschnitt III *Der Gemeinsame Pfarrgemeinderat* *der Seelsorgeeinheit*

§ 21 **Vorbereitung der Wahl**

(1) Die amtierenden Pfarrgemeinderäte oder der Gemeinsame Pfarrgemeinderat haben spätestens vier Monate vor der Neuwahl

1. über die Aufteilung einzelner Wahlbezirke in mehrere Wahlbezirke gemäß § 32 Absatz 1 Satz 3 der Satzung der Pfarrgemeinderäte zu beschließen,
2. die Mitglieder des Wahlvorstandes und der Wahlbezirksausschüsse zu wählen.

(2) Der Beschluss nach Absatz 1 bedarf einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder; § 9 Absatz 2 Satz 1 2. Halbsatz PGRS findet auf diesen Beschluss keine Anwendung.

§ 22 **Wahlvorstand**

(1) Dem Wahlvorstand gehören an:

1. Der Pfarrer oder eine von ihm beauftragte Person,
2. bis zu zwei Mitglieder aus jeder Pfarrgemeinde der Seelsorgeeinheit, die von den Pfarrgemeinderäten oder vom Gemeinsamen Pfarrgemeinderat gewählt werden.

(2) Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte einen/eine Vorsitzenden/Vorsitzende, dessen/deren Stellvertreter/Stellvertreterin und einen/eine Schriftführer/Schriftführerin. Mitglieder des Wahlvorstandes, die für die Wahl in den Gemeinsamen Pfarrgemeinderat mit ihrer Zustimmung vorgeschlagen werden, scheiden aus dem Wahlvorstand aus.

(3) Dem Wahlvorstand obliegt die Aufgabe

1. die Wahl öffentlich bekannt zu machen,
2. das Wählerverzeichnis zu erstellen,
3. Briefwahlscheine auszustellen,
4. die Wahlvorschläge zu prüfen,
5. die Wahlvorschläge öffentlich bekannt zu machen,
6. das Wahlergebnis zu ermitteln und festzustellen.

(4) Der Wahlvorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Er fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet der/die Vorsitzende.

(5) Der Wahlvorstand bestellt die für die Wahl erforderlichen Hilfskräfte.

(6) Die Sitzungen des Wahlvorstandes sind mit Ausnahme der Sitzung zur Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses nicht öffentlich.

§ 23 **Wahlbezirksausschuss**

Für jede Pfarrgemeinde bzw. Filialkirchengemeinde sowie in Pfarrgemeinden, in welchen mehrere Wahlbezirke gebildet werden, ist für jeden Wahlbezirk ein Wahlbezirksausschuss zu bestellen. Die Mitglieder werden von den amtierenden Pfarrgemeinderäten oder vom Gemeinsamen Pfarrgemeinderat berufen. Die Zahl der Mitglieder bestimmen ebenfalls die amtierenden Pfarrgemeinderäte oder der Gemeinsame Pfarrgemeinderat.

§ 24

Öffentliche Bekanntmachung der Wahl

(1) Die Wahl des Gemeinsamen Pfarrgemeinderates hat der Wahlvorstand (§ 22) - wo ein solcher nicht besteht, der Pfarrer - spätestens neun Wochen vor dem Wahltag öffentlich bekannt zu machen.

(2) Die öffentliche Bekanntmachung der Wahl des Gemeinsamen Pfarrgemeinderates hat zu enthalten:

1. Den Tag der Wahl,
2. Beginn und Schluss der Abstimmung,
3. die Benennung der Wahlbezirke,
4. die Wahllokale,
5. einen Hinweis auf das Wahlverfahren,
6. die Zahl der in den einzelnen Wahlbezirken zu wählenden Mitglieder,
7. Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auflegung des Wählerverzeichnisses,
8. die Aufforderung, spätestens sechs Wochen vor dem Wahltag beim Wahlvorstand Wahlvorschläge einzureichen,
9. einen Hinweis darauf, dass nur mit amtlichen Stimmzetteln und Wahlumschlägen abgestimmt werden darf, dass andere Stimmzettel sowie Stimmzettel in nichtamtlichen Wahlumschlägen ungültig sind und dass Briefwahl möglich ist.

(3) Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt durch:

1. Hinweis in den Sonntagsgottesdiensten oder
2. Veröffentlichung in den Pfarrblättern oder sonstigen Mitteilungsblättern der Pfarrgemeinden oder
3. Anschlag an den Kirchentüren oder an den Anschlagtafeln.

§ 25

Aufstellung des Wählerverzeichnisses

(1) Für die Wahl ist ein Wählerverzeichnis zu erstellen, das nach Wahlbezirken zu gliedern ist. In das Wählerverzeichnis sind die Wahlberechtigten einzutragen.

(2) Das Wählerverzeichnis muss folgende Angaben enthalten:

1. Laufende Nummer,
2. Familienname,
3. Vorname,

4. Geburtstag,

5. Wohnort und Wohnung,

6. Vermerk über die Stimmabgabe,

7. Bemerkungen und

8. Wahlbezirk.

(3) Die Auflegung des Wählerverzeichnisses muss mindestens eine Woche lang erfolgen und spätestens vier Wochen vor der Wahl beendet sein.

(4) Jeder/jede Wahlberechtigte, der/die das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann dessen Berichtigung beantragen. Über den Antrag entscheidet der Wahlvorstand.

(5) Das Wählerverzeichnis wird vom/von der Vorsitzenden des Wahlvorstandes am zweiten Tag vor der Wahl endgültig abgeschlossen. Es ist zu vermerken:

1. Die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Personen mit Behinderungsvermerk,
3. die Zahl der ausgestellten Briefwahlscheine.

§ 26

Erlangung des Wahlrechts nach § 4 Abs. 2 PGRS

(1) Anträge auf Erlangung des Wahlrechts nach § 4 Absatz 2 PGRS sind spätestens vier Wochen vor dem Wahltermin beim Wahlvorstand zu stellen. Der Wahlvorstand stellt fest, ob die Voraussetzungen vorliegen entscheidet über den Antrag, benachrichtigt den Antragsteller und ändert das Wählerverzeichnis ab.

(2) Die Entscheidung des Wahlvorstandes ist verbindlich. Sie kann nicht selbständig angefochten werden; § 19 bleibt hiervon unberührt.

§ 27

Briefwahl

(1) Jeder/jede Wahlberechtigte erhält auf schriftlichen Antrag, der spätestens am dritten Tag vor der Wahl beim/bei der Vorsitzenden des Wahlvorstandes eingegangen sein muss, einen Briefwahlschein sowie die weiteren Unterlagen zur Ausübung der Briefwahl.

(2) Die Ausstellung eines Briefwahlscheins wird vom/von der Vorsitzenden des Wahlvorstandes im Wählerverzeichnis in der Spalte „Bemerkungen“ eingetragen.

§ 28 Wahlvorschläge

(1) Wahlvorschläge, die auch mehrere Namen umfassen können, kann jedes wahlberechtigte Mitglied der Pfarrgemeinden einreichen. Der Wahlvorschlag muss enthalten:

1. Die Unterschrift von mindestens 10 Wahlberechtigten sowie
2. die schriftliche Einverständniserklärung des Kandidaten.

(2) Der Wahlvorstand hat die eingegangenen Wahlvorschläge zu prüfen. Stellt er Mängel fest, hat er unverzüglich zur Beseitigung aufzufordern. Mängel können nur bis zum Ablauf der Vorschlagsfrist behoben werden.

(3) Die Kandidatenlisten sollen doppelt so viele Namen enthalten als Mitglieder zu wählen sind.

(4) Der Wahlvorstand entscheidet spätestens vier Wochen vor der Wahl über die Zulassung der Wahlvorschläge.

(5) Entspricht die Zahl der Kandidaten der Zahl der gemäß § 31 Absatz 3 PGRS im Wahlbezirk zu wählenden Mitglieder oder liegt sie darunter, kann jede wählbare Person in den Pfarrgemeinderat gewählt werden. Auf diese Rechtsfolge ist in der Wahlbenachrichtigung (§ 12 Absatz 2) oder auf dem Stimmzettel hinzuweisen.

§ 29 Kandidatenlisten

(1) Für jeden Wahlbezirk wird eine eigene Kandidatenliste geführt.

(2) Die Namen der Kandidaten sind in alphabetischer Reihenfolge mit Angabe von Beruf, Geburtsjahr, Wohnort und Wohnung in die Kandidatenliste einzutragen.

(3) Die Kandidatenliste ist spätestens zwei Wochen vor der Wahl in der in § 24 Absatz 3 vorgeschriebenen Weise öffentlich bekannt zu machen.

§ 30 Stimmzettel

(1) Auf den Stimmzetteln sind die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge mit den in der Kandidatenliste enthaltenen Angaben aufzuführen. Ferner ist die Zahl der zu wählenden Mitglieder zu vermerken. Im Fall des

§ 28 Absatz 5 sind so viele freie Felder für die Stimmabgabe anzufügen, wie Sitze zu vergeben sind.

(2) Die Stimmzettel sollen den Wahlberechtigten spätestens zwei Wochen vor der Wahl zusammen mit einer Wahlbenachrichtigung zugestellt werden. Sie sollen innerhalb eines Wahlbezirks die gleiche Farbe erhalten.

§ 31 Wahllokal

(1) Für jeden Wahlbezirk bestimmt der Wahlvorstand ein geeignetes Wahllokal.

(2) Die Wahllokale müssen am Wahltag mindestens vier Stunden geöffnet sein; es soll vor und nach dem Vorabendgottesdienst je eine Stunde geöffnet werden.

(3) In den Wahllokalen sind Stimmzettel in ausreichender Zahl bereitzuhalten.

(4) Wahlumschläge werden nur in den Wahllokalen bereitgehalten. Sie müssen undurchsichtig und innerhalb eines jeden Wahl- bzw. Wahlbezirkes von gleicher Größe und Farbe sein.

§ 32 Stimmabgabe

(1) Der/die Wahlberechtigte kann seine Stimme nur persönlich abgeben. Ein/eine Wahlberechtigter/Wahlberechtigte, der/die nicht lesen kann oder durch körperliche Gebrechen gehindert ist, seine/ihre Stimme allein abzugeben, kann sich der Hilfe einer Person seines Vertrauens bedienen.

(2) Der Wähler gibt seine Stimme in der Weise ab, dass er auf dem Stimmzettel

1. einem Kandidaten, dem er eine Stimme geben will, durch ein Kreuz hinter dem vorgedruckten Namen, durch Eintragung des Namens oder auf sonst eindeutige Weise als gewählt kennzeichnet,
2. einem Kandidaten, dem er zwei oder drei Stimmen geben will, durch die Ziffer „2“ oder „3“ hinter dem Namen, durch Wiederholung des Namens oder auf sonst eindeutige Weise als mit zwei oder drei Stimmen gewählt kennzeichnet.

Der Wähler darf auf dem Stimmzettel höchstens so viele Stimmen vergeben, wie Mitglieder des Pfarrgemeinderates zu wählen sind.

Der Stimmzettel ist in den Wahlumschlag und sodann in die Wahlurne zu legen.

(3) Bei der Briefwahl hat der Wähler dem Wahlvorstand im verschlossenen Wahlbrief den Wahlumschlag, der den ausgefüllten Stimmzettel enthält, sowie den Briefwahlschein zu übersenden. Auf dem Briefwahlschein ist zu versichern, dass der Wähler den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet oder sich der Hilfe einer Person seines Vertrauens bedient hat. Der Wahlbrief muss spätestens bis zum Ende der Wahlhandlung beim Wahlvorstand eingegangen sein. Der/die Schriftführer/in vermerkt die Stimmabgabe hinter dem Namen des Wählers in der dafür vorgesehenen Spalte des Wählerverzeichnisses, legt den Stimmzettel in die Wahlurne und sammelt die Briefwahlscheine.

§ 33

Ermittlung des Wahlergebnisses

(1) Das Wahlergebnis ist in öffentlicher Sitzung zu ermitteln und festzustellen.

(2) Nach Beendigung der Wahlhandlung entnimmt der Wahlvorstand die Umschläge der Wahlurne und zählt die abgegebenen Umschläge. Sodann öffnet der Wahlvorstand die Umschläge, prüft die Gültigkeit der Stimmabgabe und ermittelt die Zahl der auf die einzelnen Kandidaten abgegebenen gültigen Stimmen. Über die Wahlhandlung, die Stimmenauszählung und die Feststellung des Wahlergebnisses ist eine Niederschrift anzufertigen und von allen Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterzeichnen.

§ 34

Ungültigkeit der Stimmabgabe

(1) Ungültig sind Stimmzettel,

1. die nicht amtlich ausgegeben worden sind,
2. die in gekennzeichneten Wahlumschlägen abgegeben worden sind,
3. die unzulässige Änderungen, Vorbehalte oder Zusätze enthalten,
4. die keine Eintragung enthalten oder deren ganzer Inhalt gestrichen ist,
5. mehr gültige Stimmen enthalten, als der Wähler hat.

(2) Ungültig sind Stimmen,

1. dem Stimmzettel nicht unzweifelhaft erkennbar oder gegenüber dem Gewählten ein Vorbehalt beigefügt ist,
2. soweit bei Stimmenhäufung die Häufungszahl nicht lesbar oder ihre Zuwendung an einen bestimmten Kandidaten nicht erkennbar ist,

3. soweit sie unter Überschreitung der zulässigen Häufungszahl auf einen Kandidaten abgegeben worden sind.

(3) Bei der Briefwahl ist die Stimmabgabe außerdem ungültig, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. der Wahlbrief unverschlossen übersandt worden ist,
3. der Briefwahlschein fehlt oder unvollständig ausgefüllt ist.

§ 35

Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Gewählt sind der Reihenfolge nach die Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

(2) Der Wahlvorstand ermittelt das festgestellte Wahlergebnis und teilt es den Kandidaten mit.

(3) Die abgegebenen Stimmzettel werden bis zum Ablauf der Wahlprüfungsfrist im Pfarrarchiv aufbewahrt.

§ 36

Bekanntmachung des Wahlergebnisses

(1) Das Wahlergebnis ist an dem auf den Wahltag folgenden Sonntag in der in § 24 Absatz 3 vorgesehenen Weise öffentlich bekannt zu machen.

(2) Die Bekanntmachung hat zu enthalten:

1. Die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der abgegebenen Stimmzettel,
3. die Zahl der gültigen Stimmzettel,
4. die Namen und die Reihenfolge der Gewählten mit den Zahlen ihrer gültigen Stimmen,
5. eine Belehrung über die Möglichkeit der Wahlanfechtung unter Angabe der Frist.

§ 37

Wahlprüfung

(1) Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder/jede Wahlberechtigte beim Wahlvorstand innerhalb einer Frist von einer Woche nach der öffentlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses Einspruch einlegen.

(2) Der Einspruch ist schriftlich einzulegen und zu begründen. Der Einspruch kann nur auf Mängel in der

Person eines Gewählten oder auf Verfahrensmängel gestützt werden, die für das Verfahren erheblich sind. Der Wahlvorstand entscheidet binnen einer Woche, ob er dem Einspruch abhilft. Hilft er dem Einspruch nicht ab, leitet er ihn an die Schlichtungsstelle (§ 14 PGRS) unter Beifügung seiner schriftlichen Stellungnahme weiter.

(3) Über den Einspruch entscheidet die Schlichtungsstelle innerhalb einer Frist von vier Wochen nach dem Wahltag. Die Entscheidung ist dem Wahlberechtigten, der den Einspruch eingelegt hat, und dem Wahlvorstand zuzustellen.

(4) Gegen die Entscheidung der Schlichtungsstelle kann innerhalb einer Frist von einer Woche nach Zustellung Beschwerde beim Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg eingelegt werden.

§ 38 Wiederholungswahl

(1) Wird im Wahlprüfungsverfahren die Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt, so ist sie in dem in der Entscheidung zu bestimmenden Umfang zu wiederholen.

(2) Die Wiederholungswahl muss spätestens sechs Monate nach der Entscheidung stattfinden, durch welche die Wahl für ungültig erklärt worden ist.

(3) Auf Grund der Wiederholungswahl wird das Wahlergebnis nach Maßgabe dieser Wahlordnung festgestellt.

(4) Werden Wiederholungswahlen nur in einzelnen Wahlbezirken durchgeführt, darf die Einteilung der Wahlbezirke nicht verändert werden.

Abschnitt IV Schlussbestimmungen

§ 39 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2005 in Kraft. Sie findet erstmals auf die am 12./13. November 2005 zu wählenden Pfarrgemeinderäte Anwendung.

Freiburg im Breisgau, den 5. Juli 2004

✠ Robert Zollitsch

Erzbischof

Nr. 389

Dritte Verordnung zur Änderung der Kirchlichen Vermögensverwaltungsordnung - KVO -

Die Ordnung über die Verwaltung des Katholischen Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg (Kirchliche Vermögensverwaltungsordnung - KVO -) vom 23. Juni 1994 (ABl. S. 410), zuletzt geändert durch die EURO-Anpassungsverordnung I vom 14. August 2001 (ABl. S. 95), wird zur Anpassung an die „Satzung für die Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg“ wie folgt geändert:

Artikel I Änderungen von Teil III (Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens)

1. § 7 erhält folgende Fassung:

„(1) Dem Pfarrgemeinderat obliegen folgende Aufgaben:

- a) Die Wahl des Stiftungsrates (§ 9),
- b) die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden¹ des Stiftungsrates (§ 14),
- c) die Aufstellung von pastoralen Richtlinien für die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinde(n),
- d) die Beschlussfassung über den Haushaltsplan der Kirchengemeinde sowie über die Art und die Höhe der zu erhebenden Ortskirchensteuer (§ 14 Absatz 2 KiStO),
- e) die Feststellung der Jahresrechnung (§ 14 Absatz 5 KiStO),
- f) die Bestellung eines Kirchengemeinderechners – in der Regel durch Beauftragung einer Verrechnungsstelle – (§ 18 Absatz 2 KiStO),
- g) die Beschlussfassung über die Errichtung und den Antrag auf Aufnahme in eine Gesamtkirchengemeinde (§ 20 Absatz 1 und 2 KiStO).

Satz 1 Buchstaben d) bis g) findet keine Anwendung, wenn eine Gesamtkirchengemeinde errichtet ist.

(2) Für die Arbeitsweise des Pfarrgemeinderates gelten die Satzung der Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg und die Rahmengeschäftsordnung für die Pfarrgemeinderäte, Dekanatsräte und für den Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Freiburg.

¹Der Begriff „Vorsitzender“ umfasst immer „die Vorsitzende“ und „den Vorsitzenden“.

(3) Ist für die einer Seelsorgeeinheit angehörenden Pfarrgemeinden ein Gemeinsamer Pfarrgemeinderat gebildet, nimmt dieser die in dieser Ordnung genannten Aufgaben und Befugnisse des Pfarrgemeinderates wahr.“

2. § 8 wird um die folgenden Absätze 5 bis 7 ergänzt:

„(5) Der Stiftungsrat unterrichtet den Pfarrgemeinderat unverzüglich über den Wortlaut der von ihm gefassten Beschlüsse.

(6) Der Stiftungsrat ist an die im Rahmen seiner Zuständigkeit gefassten Beschlüsse des Pfarrgemeinderates/Gemeinsamen Pfarrgemeinderates gebunden.

(7) Der Pfarrgemeinderat kann Beschlüsse des Stiftungsrates innerhalb einer Frist von vier Wochen nach deren Bekanntgabe im Pfarrgemeinderat aufheben oder abändern. Beschlüsse nach Satz 1 bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Pfarrgemeinderates.“

3. § 9 erhält folgende Fassung:

„(1) Der Stiftungsrat besteht aus

- a) dem Pfarrer/Pfarradministrator oder seinem nach kirchlichem Recht bestellten Vertreter,
- b) dem Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates oder im Fall seines Verzichtes auf die Mitgliedschaft im Stiftungsrat dem stellvertretenden Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates,
- c) den weiteren Mitgliedern, die vom Pfarrgemeinderat gewählt werden. Die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Stiftungsrates beträgt in Kirchengemeinden

bis zu 2000 Katholiken	zwei Mitglieder,
bis zu 4000 Katholiken	vier Mitglieder,
bis zu 6000 Katholiken	fünf Mitglieder,
bei über 6000 Katholiken	sechs Mitglieder.

Mindestens die Hälfte der Mitglieder nach Buchstabe c) müssen unmittelbar gewählte Mitglieder des Pfarrgemeinderates sein.

Sind mehrere Pfarrer/Pfarradministratoren gemäß can. 517 § 1 CIC beauftragt (in solidum) oder wird die Pfarrgemeinde gemäß can. 517 § 2 CIC geleitet, entscheidet der Erzbischof, welcher Priester den Vorsitz des Stiftungsrates ausübt.

In Stiftungsräten, die von einem Gemeinsamen Pfarrgemeinderat gewählt werden, entfällt das Mitglied gemäß § 9 Absatz 1 Buchstabe b).

(2) Die Mitglieder des Stiftungsrates müssen volljährig sein und die Voraussetzungen für die Wählbarkeit in den Pfarrgemeinderat besitzen. Sie sollen im Gebiet der Kirchengemeinde wohnhaft sein.

(3) Gewählt sind die Mitglieder in der Reihenfolge der erreichten Stimmenzahl. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Bei Ausscheiden eines Mitglieds findet eine Nachwahl statt. Das Ergebnis der Wahl ist öffentlich bekannt zu machen und dem Erzbischöflichen Ordinariat mitzuteilen.

(4) Der Pfarrgemeinderat kann ein Mitglied des Stiftungsrates nach Absatz 1 Buchstabe c) vor Ablauf der Amtszeit vorzeitig abberufen und anstelle dieser Person für den Rest der Amtszeit ein neues Mitglied in den Stiftungsrat wählen. Der Beschluss über die Abberufung bedarf einer Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Pfarrgemeinderates.“

4. § 10 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Dem Stiftungsrat können nicht angehören:

- a) Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des Erzbistums im pastoralen und liturgischen Dienst, die in der Pfarrseelsorge mit amtlichem Auftrag tätig sind,
- b) Leitende Mitarbeiter des Erzbischöflichen Ordinariates sowie kirchliche Mitarbeiter, die in der Vermögensverwaltung für die Kirchengemeinde tätig oder mit Aufgaben der kirchlichen Vermögensverwaltungsaufsicht oder mit Aufgaben im Personalwesen betraut sind,
- c) Kirchenbeamte und Angestellte der zur Seelsorgeeinheit gehörenden Kirchengemeinden.“

5. § 11 Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Kommt innerhalb von vier Wochen nach dem Rücktritt des Stiftungsrates eine Neuwahl nicht zustande, bestellt der Ordinarius einen oder mehrere Vermögensverwalter, welcher/welche die Rechte und Pflichten des Stiftungsrates wahrnimmt/wahrnehmen; mit der Bestellung endet die Amtszeit des bisherigen Stiftungsrates.“

6. In § 12 Absatz 3 Satz 3 werden die Worte „der Vorstand des Dekanatsrates“ durch die Worte „die Schlichtungsstelle (§ 14 PGRS)“ ersetzt.

7. § 13 wird um folgenden Absatz 4 ergänzt:

„(4) In den Fällen des Absatzes 3 bleibt der Pfarrer stimmberechtigtes Mitglied des Stiftungsrates, sofern er auf die Mitgliedschaft im Stiftungsrat nicht ausdrücklich

verzichtet. Der Verzicht ist für die Dauer der Amtszeit des Stiftungsrates unwiderruflich. Wird anstelle des Pfarrers eine nicht dem Stiftungsrat angehörende Person zum Vorsitzenden ernannt, wählt der Pfarrgemeinderat ein weiteres Mitglied aus der Mitte der stimmberechtigten Mitglieder des Pfarrgemeinderates in den Stiftungsrat hinzu.“

8. § 14 Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„In den Fällen des § 7 Absatz 3 wählt der Gemeinsame Pfarrgemeinderat aus der Mitte der unmittelbar gewählten Mitglieder der jeweiligen Stiftungsräte die stellvertretenden Vorsitzenden.“

9. In § 16 Absatz 1 wird Satz 2 gestrichen.

10. In § 16 Absatz 2 wird das Wort „Vikare“ durch das Wort „Priester“ ersetzt.

11. In § 23 Absatz 2 Satz 2 werden die Worte „Buchstabe a)“ durch die Worte „Buchstaben a) und b)“ ersetzt.

12. In § 23 Absatz 3 Satz 2 wird der Halbsatz „, soweit sie nicht gemäß § 10 gehindert ist, dem Stiftungsrat anzugehören“ gestrichen und statt dessen folgender Satz 3 angefügt: „Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.“

Artikel II Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2005 in Kraft. Abweichend hiervon tritt Artikel I Ziff. 7 mit Wirkung vom 1. Oktober 2004 in Kraft.

Freiburg im Breisgau, den 5. Juli 2004

✠ Robert Zollitsch

Erzbischof

Nr. 390

Verordnung zur Änderung der Kirchensteuerordnung der Erzdiözese Freiburg - KiStO -

Die Kirchensteuerordnung der Erzdiözese Freiburg vom 27. August 1971 (ABl. S. 115), zuletzt geändert durch die Kirchliche Vermögensverwaltungsordnung vom 23. Juni 1994 (ABl. S. 420), wird zur Anpassung an die „Satzung für die Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg“ wie folgt geändert:

Artikel I

1. § 5 Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Mitglieder gemäß Absatz 1 d) werden von einem Wahlkollegium des jeweiligen Wahlbezirks gewählt.“

2. § 13 Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„In Kirchengemeinden, die innerhalb der Seelsorgeeinheit einen Gemeinsamen Pfarrgemeinderat gewählt haben, ist Ortskirchensteuervertretung der Gemeinsame Pfarrgemeinderat, in Gesamtkirchengemeinden der Gesamtstiftungsrat.“

3. § 15 Absatz 2 wird aufgehoben.

4. § 20 Absatz 9 wird aufgehoben.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2005 in Kraft.

Sie findet erstmals auf die am 12./13. November 2005 zu wählenden Pfarrgemeinderäte Anwendung.

Freiburg im Breisgau, den 5. Juli 2004

✠ Robert Zollitsch

Erzbischof

Amtsblatt

der Erzdiözese Freiburg

Nr. 20 · 30. Juli 2004

Herausgeber: Erzbischöfliches Ordinariat, 79098 Freiburg im Breisgau, Herrenstraße 35, Fernruf (07 61) 21 88–1, Fax: (07 61) 2 18 85 99, E-Mail: Oeffentlichkeits-Arbeit@ordinariat-freiburg.de. Verlag: Druckerei Rebholz GmbH, 79106 Freiburg im Breisgau, Tennenbacher Straße 9, Telefon (07 61) 2 07 82-0, Fax (07 61) 2 64 61. Bezugspreis jährlich 38,- Euro einschließlich Postzustellgebühr. Erscheinungsweise: Etwa 35 Ausgaben jährlich.

Bei Adressfehlern bitte berichtigten Aufkleber an uns zurücksenden.
Nr. 20 · 30. Juli 2004

Gedruckt auf
„umweltfreundlich 100% chlorfrei gebleicht  Papier“

Nr. 391

Anordnung über den Termin der Wahl der Pfarrgemeinderäte im Jahr 2005

Der Termin für die nächste Wahl der Pfarrgemeinderäte wird auf den

12. / 13. November 2005

festgesetzt.

Freiburg im Breisgau, den 5. Juli 2004



Erzbischof